

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
Verlagsbuchhandlung  
Gottlingen-Zürich.  
Hoflieferungen  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz fallen  
Zuzahlung.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 38.

Donnerstag, 14. September.

Abonnements

werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
Voraus zahlbaren  
Vierteljahrespreisen von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)  
Fr. 2.— für Deutschland (Kontant)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontant)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltverkehrs (Kontant)

Inserate

Die Verlagsbuchhandlung  
25 Gg. — 20 Pf.

1882.

Lesen an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Es der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verbotlich ist, dem, der den Inhalt des Blattes an andere weiterzugeben, oder die darin enthaltenen Nachrichten zu verbreiten, wird ersucht, sich von vornherein zu erklären, ob er die Abgabe des Blattes an andere Personen gestattet, oder nicht. In letzterem Falle ist die Abgabe des Blattes an andere Personen ausdrücklich untersagt, und die Abgabe an andere Personen ist ausdrücklich untersagt.

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine in der Nähe befindliche Buchhandlung oder Postanstalt wenden, welche sich bereit erklärt, den Inhalt des Blattes an andere Personen zu übergeben. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit die Anweisung, dass die Abgabe des Blattes an andere Personen ausdrücklich untersagt ist.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Das rothe Gespenst

muß wieder herhalten. Die Zeit naht heran, wo der Reichstag über die Verlängerung oder Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes zu entscheiden hat, und da die Spießbürger oppositionell geworden sind und vielleicht nein sagen könnten, so muß ihnen bange gemacht werden. Und das läßt sich ja leicht bewerkstelligen. Mit Hilfe der Polizei und der prostituierten Presse werden im Handumdrehen die gruseligsten Dinge zu Stande gebracht. In Wien werden ein paar Strolche unter die „Anarchisten“ geschickt — wie das Polizeiblatt —; dieselben Strolche üben ein Raubattentat aus, stößt es bewiesen, daß die Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten u. s. w. zu Raub, Diebstahl und erschwerlichen Falles natürlich auch zu Mord ihre Zuflucht nehmen, um die revolutionären Klassen zu fällen und den notwendigen Dynamit zu beschaffen zur Indielustsprengung des Staats und der Gesellschaft sammt allen Potentaten, kirchlichen und weltlichen Würdenträgern, Geldproben und sonstigem „Ungeziefer“.

Diese Wiener Mordgeschichten ist kanibalisches dumme — die Polizei kann es nicht einmal nicht anders (sie gehorcht ohne es zu wollen, dem St. Simonistischen Gesetz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten“). Wer irgend nur halb denkbare ist, sollte man meinen, müßte begreifen, daß es reiner Wahn ist, sich einem ehrsamem Schuster zum Objekt eines revolutionären Raubattentats zu wählen, und daß, wenn die Herren Umstürzler denn einmal auf diesem — allerdings in unserer besten der Welten durchaus nicht ungewöhnlichen — Wege zu Geld kommen wollten, sie doch sicherlich eine bessere Wahl treffen, und z. B. auf einen Herrn Rothschild, Bankier Hirsch oder vielleicht noch höher gestellte Personen ihr attentäterisches Augenmerk gerichtet haben würden.

Indes die Polizei, die natürlich bloß ihren eigenen Maßstab hat, denkt, es sei nichts zu dumme, um nicht geglaubt zu werden, und je dümmere etwas, desto leichter werde es sogar geglaubt. Und so ist denn die Mordgeschichten von dem anarchistischen Raubattentat auf den Wiener Schuster und von dem Solidarität der Sozialdemokratie mit dem Attentat auf den Wiener Schuster frisch, fromm, fröhlich, frei in die Welt gesetzt, und zur Befestigung unpassender Zweifel mit dem amtlichen Stempel versehen worden.

Indes eine Schwalbe macht keinen Sommer, und eine Polizeilüge reicht nicht hin, dem biederen Spießbürger die Hirnmaterie genägend zu trüben. Es muß mehr gelogen werden. Einen prächtigen Anlaß bietet die neuliche Konferenz der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Vertrauensmänner. Zum unausprechlichen Mergen der Polizei hat diese Konferenz stattgefunden, ohne daß man sie vorher polizeilich angemeldet — eine beleidigende Rücksichtslosigkeit, die an sich schon gerächt werden muß. Zur Staatsraison, die das Aufmarschieren des rothen Gespenstes erheischt, gesellt sich verleihte Eitelkeit und geistlicher Ehrgeiz, zu gewaltigen Leistungen anspornden. Und so dürfen wir uns nicht über die ungeheuerlichen Proportionen wundern, welche die Züricher Konferenz und der „zweite Wydener Kongress“ in der Polizeipresse angenommen haben. Die Erfindungskraft kann dabei um so freier und schrankenloser walten, als die Polizei trotz ihrer mythischen Unwissenheit in der glücklichen (oder unglücklichen) Lage ist, gar nichts zu wissen.

Genug: wir bösen Sozialdemokraten haben in Zürich und Wyden Schreckliches verbrochen — wir haben zwar kein Schusterattentat ausgeübt, aber noch hundertmal gefährlichere Verbrechen begangen; wir haben unsere Unverbesserlichkeit gezeigt und mit der Frechheit verbärteter Bösewichter den von Gott ordinirten Behörden ein Schnippen geschlagen, Staat und Gesellschaft förmlich herausgefordert. Gewisse humanisirende Schwächlinge haben sich in jüngster Zeit über die strengen Maßregeln gegen und ereifert, dieselben grausam und gemeinlich gefanden und die Aufhebung des Sozialistengesetzes verlangt. Durch unsere anarchistisch-nihilistischen Revolutionssorgen in Zürich und Wyden, mit denen das Wiener Schusterattentat in unlösbarer moralischen Zusammenhänge steht, haben wir aber in unserer bodenlosen Verblendung jedem biederen Spießbürger, der Augen hat, zu sehen und eine Nase, zu riechen, ad oculos und ad naras (für Augen und Nase) demonstrieren, daß das Sozialistengesetz der Ausfluß der höchsten politischen Weisheit war, daß es heute nötiger als je, und daß nur ein bewußter oder unbewußter Umstürzler Angesichts unseres frevelhaften Treibens für die Aufhebung dieses staats- und gesellschaftskretterischen, Staat und Gesellschaft erhaltenden Gesetzes sein kann.

Quod erat demonstrandum. Ob die biederen Spießbürger die Polizeilügen schlucken und die Polizeilogik kapieren werden?

Warten wir ab. Wir können ja warten. Wir haben keine Eile, wie Fürst Bismarck. Und die Frage der Aufhebung oder Nichtaufhebung des Sozialistengesetzes, so wichtig sie für einzelne Individuen sein mag, berührt unsere Partei gar nicht. Wir sind vor dem Sozialistengesetz gebieter. Wir gedeihen unter dem Sozialistengesetz. Und werden auch künftig gedeihen — mit oder ohne Sozialistengesetz.

Die Frage der Aufhebung oder Nichtaufhebung des Sozialistengesetzes geht ausschließlich unsere Gegner und Feinde an. Finden sie in ihrem Interesse, daß es aufgehoben, so wird es aufgehoben; finden sie in ihrem Interesse, daß es beizubehalten, so wird es beibehalten. Rücksicht auf uns hat selbstverständlich bei den Erwägungen nicht mitzusprechen. Mögen die Gegner und Feinde thun, was ihnen gut dünkt, das ist ihre Sache. Wir sind auf alle Eventualitäten gefaßt und haben die Jugendkrankheit der Illusionen längst hinter uns. Welche Taktik immer die Feinde befolgen, sie werden uns stets auf dem Posten und am Blase finden.

Ein Wort noch an die heuchlerischen „Freunde“, welche die Züricher Konferenz „angefichts der günstigen Stimmung in bürgerlichen Kreisen“, die jetzt getrübt werde, eine Ankündigung nennen. Wir hätten einige Monate vor Beginn der Reichstagsession, die über die Fortdauer des Sozialistengesetzes zu entscheiden hat, die Regierungen nicht provozieren sollen.

Mit solchen Vorwürfen verschone man uns und genügt! Für die „Freundschaft“, der sie entspringen, danken wir. Die Konferenz soll eine Provokation sein! Eine viel größere Provokation ist, daß wir existieren. Wir sollen wohl ins Maulloch kriechen? Alles häßlich über uns ergehen lassen? Das wäre den Feinden allerdings recht, und den auf Gänsefüßchen marschirenden „Freunden“ gleichfalls. Es wäre aber nicht bloß eine brandmarkende Feigheit, es wäre auch eine selbstmörderische Dummheit. Die Feinde verschonen und doch nicht, so lange wir existieren. Die bloße Thatsache unserer Existenz fordert sie zum Vernichtungskampfe heraus. Sehen wir uns nicht zur Wehre, so werden wir eben vernichtet. Die Selbsterhaltung zwingt uns zur Gegenwehr. Kriechen wir ins Maulloch, so werden wir im Maulloch erstickt. Die Feinde thun ihr Möglichstes, um uns zu vernichten. Und wir thun unser Möglichstes, das Spiel der Feinde zu vereiteln, ihrem schmachvollen Treiben ein Ende zu bereiten. Und je wirklameren Widerstand wir leisten, je handgreiflicher wir unsere Feinde und die Masse der neutralen Zuschauer davon überzeugen, daß wir nicht ungestraft misshandelt und attackirt werden können, desto besser fahren wir im Kampf.

So sehr wir die Nothwendigkeit klugen Vorgehens, ruhigen Abwägens anerkennen, so können wir uns doch der Wahrheit nicht verschließen, daß für unsere Partei das Danton'sche: de l'audace, de l'audace, et encore de l'audace die beste Klugheitsregel ist: Muth, Muth und nochmals Muth.

#### Zeichen der Zeit.

Es ist geradezu überraschend, wie dem Beobachter unserer heutigen Zustände fallen. Schritt und Tritt die Vorbote der kommenden Revolution ins Auge fallen. Man kann eigentlich mit Fug und Recht behaupten, daß wir uns bereits inmitten dieser Revolution befinden, denn die Epoche der Festschreibung alles bisher als fest und unumstößlich Angesehenen, des Bankens aller Stützen des Bestehenden gehört sicher bereits mit zur Revolution, wenn man mit diesem Worte nicht lediglich den Zeitpunkt des eigentlichen Zusammensturzes bezeichnen will.

Ein Zeichen der vollständigsten Verfälschung in den Köpfen der Kammern der heutigen Gesellschaft finden wir in einer aus jüngst erschienenen — wohlgerichtet — liberalen „Offsee-Zeitung“. In einem Artikel „Zur Moralität“ wird da eine ebenfalls betitelt Abhandlung des Herrn Adolf Gumprecht im „Arbeiterfreund“ über die Frage des Selbstmordes besprochen. Man höre nun, wie sowohl Herr Gumprecht als sein liberaler Rezensent sich mit der von uns bereits mehrfach erörterten Thatsache, daß „von allen Nationen die Deutsche weitans den ersten Platz in der Zahl der Selbstmorde einnimmt, während Franzosen, Oesterreicher, Engländer in der Reihenfolge viel tiefer rücken, die Slaven aber, speziell die Südslaven, und Iren auf der untersten Stufe stehen“, abzufinden suchen.

„Im sozialen Stand allein.“ — beiläufig, welches Jagehändniss! — heißt es da, „wird man den Grund hierfür nicht suchen dürfen — dies beweist namentlich die auffallend geringe Zahl der Irren Selbstmörder, die sich zu der höchsten Stufe (Sachsen-Altenburg) wie 10 : 303 verhält — gewiß aber ist es das Gefühl sozialer Missethate, welches hier den Ausschlag gibt. Mit der höheren Bildungstufe der Völker, das ist eine traurige Gewissheit, steigt dieses Gefühl, und mit ihm die Zahl der Selbstmörder.“ Und wenn unter den deutschen Stämmen wieder Sachsen obenan steht, wie kann man sich da des Gedankens erwehren, daß die verderblichen Lehren der Sozialdemokratie, die dort wie nirgend sonst Wurzel gefaßt haben, im inneren Zusammenhang mit dieser Thatsache stehen könnten! Mit Recht (!) legt Gumprecht darauf das größte Ge-

wicht, wenn er auch noch andere Gründe, die hohe Schulbildung den Protestantismus, das Ueberwiegen von Handel und Industrie über den Landbau heranzieht. Und in der Erkenntnis dieser Thatsache liegt gewiß eine nicht zu unterschätzende Lehre für die Zukunft. So gewiß die Verbreitung von Bildung und Toleranz Aufgabe des modernen Staates ist, so sicher fällt ihm auch die Sorge zu, den Auswüchsen in dieser Richtung kräftig vorzubeugen und materiell besserend entgegenzutreten. Daß der Trunksucht ebenfalls ein hoher Prozentanteil unter den Selbstmord-Notiven zufällt, legt nicht minder den Gedanken an weit energiereichere Abhilfsmittel nahe, als Staat und Gesellschaft gegenwärtig besitzen. Endlich sei noch eine Bemerkung des Verfassers erwähnt, der gleichfalls eine hohe praktische Wichtigkeit zukommt. Mit Nachdruck erinnert er an die psychischen Epidemien von Selbstmord, die namentlich in großen Städten beobachtet werden und betont, wie sehr „gewisse Zeitungen, welche professionell Selbstmordfälle mit sensationellem Auspruch in die Oeffentlichkeit bringen“, dazu beitragen, solche zu fördern.“

Fürwahr, eine jämmerlichere Bantrotterklärung als sie hier von Vertretern des Liberalismus abgelegt wird, ist gar nicht denkbar! Die Bildung, ihr bisheriges Universalheilmittel wider alle sozialen Uebel, das zweite Wort aller liberalen Volksredner — „Bildung macht frei!“ — sie wird plötzlich als eine gefährliche Sache hingestellt, deren Auswüchsen (!) der moderne Staat ebenso wie den „Auswüchsen der Toleranz (!)“ kräftig vorzubeugen und materiell besserend“ entgegenzutreten hat. Und Das behauptet noch, im Namen der Kultur zu sprechen, und wirft uns Kulturfeindschaft vor!

Das Volk lernt zu viel! Wer auch nur einen Blick in das Wesen unserer Volksschulen gethan hat, wird da weiß, wie wenig dieselben bisher gelehrt haben, wie viel merkwürdiger Ballast dort den Kindern des Volks eingepaukt wird, während dieselben kaum nöthigste Lesen und Schreiben lernen — der begriff die ganze Hohlheit dieser Ausflucht. Soll das Volk noch weniger lernen, ihr Herren? Soll das Erlernen der Volksschule etwa noch herabgesetzt werden? Soll ein Verbot erlassen werden gegen die gemeingefährliche Verbreitung von das Volk zum Denken anreizenden Schriften? Denn das ist es eigentlich, was Euch so große Schmerzen verursacht: das Volk denkt zu viel. Darum nieder mit der hohen Schulbildung!

Glänzend ist auch die Logik, daß, weil in Sachsen die Selbstmordziffer die höchste ist, nur die verderblichen Lehren der Sozialdemokratie daran schuld sein können. Daß in den Ländern, die in der Selbstmordziffer unmittelbar hinter Sachsen rangiren, in Baden und Württemberg, diese „verderblichen Lehren“ — leider! — noch wenig Boden gefaßt haben, kommt natürlich nicht in Betracht. Sachsen hat die meisten Sozialdemokraten und auch die meisten Selbstmörder, da liegt ja der „innere Zusammenhang“ zwischen dieser „verderblichen Lehre und dem Selbstmord“ auf der Hand! Jawohl, etwas liegt allerdings auf der Hand, nämlich die Verbreitung gewisser Leute, die Ursache und Wirkung nicht zu unterscheiden wissen.

In keinem Lande der Erde ist die Expropriation der kleinen Gewerbetreibenden durch die Großindustriellen rascher und infolgedessen verheerender von statten gegangen als in Sachsen, in keinem Lande sind in so kurzem Zeitraum so viel Existenzen vernichtet, so viele selbstständige Elemente in's Proletariat hinabgeschleudert worden. Wenn der Deutsche, speziell der verhältnismäßig hochgebildete Sachse, nun, ausart seiner Verantwortung durch Gemüthlichkeit, durch „Verbrechen“ Ausbruch zu geben, entweder sich selbst entleibt oder sich der Partei der sozialen Emanzipation anschließt und mit aller Kraft für dieselbe eintritt, so mag das ja sehr zu bedauern sein; gebt Euch daher nur Mühe, den Auswüchsen der Verbreitung von Bildung und Toleranz entgegenzuwirken, und er wird vielleicht gleich dem Irlander zu Falter und Dolch greifen und, anstatt sich selbst, seinen Bedrückten das Lebenslicht ausblasen. Es gibt Leute, die in dieser Beziehung ohnehin der Ansicht sind, daß das deutsche Volk viel zu viel „denkt“.

Also nieder mit der hohen Schulbildung, es lebe der — Botanismus!

Auch der Protestantismus soll die Selbstmorde auf dem Gewissen haben. Das ist — soweit überhaupt ein Zusammenhang nachweisbar — dieselbe Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die katholischen Länder Frankreich, Oesterreich und Bayern haben eine sehr respectable Selbstmordziffer, viel höher als die protestantischen Länder England, Schweden und Norwegen. Aber Irland ist katholisch und Sachsen protestantisch — was will man mehr! Verwunderungswürdig ist dabei nur die Leichtgläubigkeit, mit der im selben Athemzuge die Trunksucht als bedeutendes Selbstmord-Notiv angeführt wird. So große Logiker sollten eigentlich angesichts der Thatsache, daß in Sachsen Blüthentrafik, in Irland aber Brandstiftung getrieben wird, zu dem entgegengesetzten Schlusse gelangen, und anstatt energiereicher Abhilfsmittel gegen die Trunksucht eine Prämie auf die Beförderung derselben empfehlen. Gesundheitsfürsorge bemühen sich ja auch das leidige Deutsches. Da kommen wir aber schlecht an. Die Herren verlangen vielmehr „weit energiereichere Abhilfsmittel“ gegen die Trunksucht, als Staat und Gesellschaft gegenwärtig besitzen.“

Das klingt etwas dunkel; man sollte fast meinen, ein heimlicher Sozialdemokrat habe diesen Satz geschrieben, um die Nothwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nachzuweisen, wenn nicht unmittelbar vor der Hand der von den „verderblichen Lehren“ u. s. f. stände. Von einer Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne kann also hier nicht die Rede sein. Wenn aber die nicht, was dann? Beantworten wir es, diese Frage im Sinne unserer beiden Belehrteten zu beantworten.

Erste Ursache der Selbstmorde: die höhere Bildungstufe der Masse; — also: Nieder mit der Volksbildung!

Zweite Ursache der Selbstmorde: der Protestantismus; also: Nieder mit dem Protestantismus!

Dritte Ursache der Selbstmorde: das Ueberwiegen von Handel und Industrie über den Landbau; also: Nieder mit der modernen industriellen Entwicklung!



Vierte Ursache der Selbstmorde: Die Trunksucht; also: Nieder mit der persönlichen Freiheit!

Fünfte Ursache der Selbstmorde: die schlechte Presse; also: Nieder mit der Pressfreiheit!

Un alles das in einem protestantisch-liberalen Blatte!

Natürlich sind sich die Herren dieser Konventionen ihrer Jeremiaden nicht bewußt. Sie merken, daß etwas saul ist im Staate Dänemark, sie fühlen den Boden unter den Füßen wanken, aber, jeder tabularen Lösung abgeneigt, bewegen sie sich in behändigen Widersprüchen, preisen heute hoch, was sie gestern bekämpft, und verworfen heute, was sie gestern in den Himmel erhoben. So verstärken sie wider ihren Willen das Gefühl von der Unhaltbarkeit der bestehenden Gesellschaft und, ob sie noch so sehr wider die „verderblichen Lehren der Sozialdemokratie“ eifern, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft, mit anderen Worten von der sozialen Revolution.

## Aus England.

London, den 9. September 1882.

Vergangenen Sonntag hielt Herr Arthur J. Dabson, der in Aussicht genommene sozialdemokratische Kandidat für Marlybone (ein Londoner Stadtteil), im Saale des demokratischen Zentralvereins von Marlybone einen öffentlichen Vortrag über „die Veranbarung der Ägypter“. Der Saal war vollständig besetzt. Zum Vorsitzenden wurde J. Garcia gewählt. Herr Dabson verarbeitete in ausführlicher und überzeugender Rede das Verhalten des Ministeriums auf's Schärfste; dasselbe habe den Krieg unter falschen Vorspiegelungen inszeniert, denn während es vorgab, ihn im Interesse der Ägypter zu unternehmen, weiß es — und Niemand besser als Herr Gladstone — daß derselbe in Wahrheit im Interesse der Wucherer und Spekulanten (Bondholders) geführt wird, sowie zu dem Zweck, dem ägyptischen Proletariat die Freiheitsgedanken auszutreiben. Noch nie sei ein Krieg in so standlosler und gewissenloser Weise vom Zaun gebrochen worden. Es sei der nackte Raubzug, und jeder Engländer, der die Schurken, welche ihn angezettelt und unterstützt haben, nicht bekämpft, mache sich zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen. Herr Dabson wies aus dem offiziellen Blaubuch nach, wie von 90 Millionen Pfund (1800 Millionen Mark), die angeblich dem vorigen Khedive Ismail Pascha geliehen worden seien, nur die Hälfte (45 Millionen Pfund) in Wirklichkeit ausgegahlt worden sind. Von dieser Summe wurden 16 Millionen Pfund zum Bau des Suezkanals beigegeben, während die restlichen 29 Millionen Pfund von Ismail Pascha für Luxus und allerhand Ausschweifungen verschwendet wurden. Trotzdem wolle man das ägyptische Volk, welches das Geld weder entlehnt, noch von ihm irgend welchen Nutzen gehabt hat, zwingen, die enorme Zinsenlast zu übernehmen. Die armen Eingeborenen würden unter der Last der Anleihen geradezu erdrückt. 1877 wurden von einem Ertragnis von 9,543,000 Pfund Sterling nicht weniger als 7,473,000 von den Inhabern der Staatsschuldscheine eingezahlt. Tausende von Europäern erhielten einflußreiche Stellen und Ämter, und zwar mit vier- und fünfmal höherer Besoldung als die Eingeborenen. Während die Ägypter so schwer besteuert wurden, daß sie ihre Gerätschaften verkaufen mußten, um den Anforderungen Genüge leisten zu können, waren die Europäer in Ägypten von jeder Steuer befreit; und das zu einer Zeit, wo die Eingeborenen Kerker und Tortur zu erdulden hatten, weil sie die unerhörten Lasten, die man ihnen auferlegte, nicht zahlen konnten. Dieses Raubsystem anrechtzuerhalten, sei Englands Heer und Flotte ausgesandt worden, und diese Handlung des Gladstone'schen Kabinetts würde dessen Namen für spätere Zeiten mit Schande bedecken und ihm das Brandmal der Inamie aufdrücken.

Eine von Herrn James Macdonald beantragte und von Herrn Dabson unterstützte Resolution, die den Krieg verurteilte, wurde einstimmig angenommen.

Das Christentum ist doch eine sehr ungeschickliche Konfession! Seine Bekenner, die bekanntlich Christus stets als den „Fürst des Friedens“ anpreisen, wissen trotzdem für jeden Krieg — wie niederträchtig er auch sei — eine Rechtfertigung zu finden, wenn ihre Interessen es erfordern. Abgesehen vom Kabinete hat nicht ein einziges liberales Parlamentsmitglied den Muth gehabt, diesen graulamen Krieg zu verurtheilen. Aber — „Karren stützen sich dorthin, wo Engel (?) hinzutreten sich scheuen“ — zwei bezahlte Nachfolger des Zimmermanns von Nazareth haben Briefe an das Londoner „Echo“ gerichtet, um das Ministerium zu rechtfertigen. Indes, es war von jeher so. Noch nie war eine Handlung so niedrig, als daß sich nicht ein Pfaffe zu ihrer Verteidigung und Rechtfertigung gefunden hätte. Wann wird das Volk einsehen, daß die Pfaffen in noch höherem Grade seine Feinde sind als die Könige? Die heuchlerischen Pfaffen sind es noch immer, die uns verfluchen, sie sind es, die unsern Kindern einpauken — um die Worte des englischen Katechismus zu gebrauchen — „unsern Hirten und Herren und alle die, welche zu unsern Bedrängern eingesetzt sind, zu lieben, zu ehren und ihnen gehorsam zu sein“. Der Pfaffe ist noch stets der Verkünder der Landstube und Kapitalisten gewesen.

Und wie sie andererseits die Vorschriften ihres Herrn Christus ausführen! Er sprach: Verkauft Alles, was du hast und gib es den Armen! Der Erzbischof von Canterbury versteht darunter den Betrag eines jährlichen Gehalts von 15,000 Pfund Sterling (300,000 Mark). In der That, Carlisle hatte Recht, als er sagte: „England ist bewohnt von 26 Millionen Menschen, von denen die Meisten verdrückt sind.“

Die Bewegung zu Gunsten der Nationalisierung (Verstaatlichung) des Grund und Bodens macht hier stetige Fortschritte. Letzten Dienstag war die „Memorial-Hall“, Harrington-Street, bis zum Brechen gefüllt von einer begeisterten Hörerschaft, welche einem Vortrage Henry George's über dieses Thema gespannt folgte. Die Bedeutung, welche diesem Meeting, sowie der Agitation überhaupt beigelegt wird, geht daraus hervor, daß die „Times“ dem Bericht eine ganze Spalte widmete. Noch vor wenigen Monaten machte sich die geklammerte hiesige Presse über die Idee lustig. Den Aristokraten wiffällt dieselbe. Sie begreifen, daß wenn die Nationalisierung des Bodens eine vollendete Thatfache wird, es um Kirche und Aristokratie bald geschehen ist.

Sehr zu bedauern ist, daß die mit der irischen Land-Eigen in Konnex befindliche „Nationale Land- und Arbeitsliga von Großbritannien“, die namentlich unter den Irländern in London sehr viel Anhänger zählt, sich auf ihrem Jahreskongress nicht dazu hat entschließen können, die obige Forderung in ihr Programm aufzunehmen. Sie hätte sicher zu ihrem Nachtheil beigetragen.

In einer jüngst stattgehabten Versammlung chinesischer Kaufleute in London wurde der Vorschlag gemacht, Chinesen hierher einzuführen, damit sie mit den hiesigen Arbeitern konkurrieren und so durch niedrigere Löhne den Kapitalisten Nutzen bringen. Dieser Vorschlag hat natürlich eine gewisse Aufmerksamkeit erregt, viele Tages- und Wochenblätter haben ihm Beistand geleistet, die einen stimmten ihm zu, Andere verworfen ihn. Man hat berechnet, daß ein Chinese 19-14 Stunden für ein Viertel des Lohnes arbeiten würde, für welchen der europäische Arbeiter 10 Stunden arbeitet. Das würde natürlich den Kapitalisten passen und sie entzücken, aber es würde für die schon jetzt unter ihrem Bedarf ausgebeuteten Europäer den Hungertod bedeuten. Unter solchen Umständen hätte man erwarten sollen, daß die liberale

Presse, die Organe der „Freunde des arbeitenden Volkes“, einem dessen Interesse so unvordenklichen Vorschlage Widerstand entgegenzusetzen würden. Weit gefehlt! Die liberalen Blätter stimmen ihm laut zu. Wenn sie etwas thun können, was die Arbeitskosten ermäßigt und den Kapitalprofit erhöht, so thun sie dies selbstverständlich mit dem größten Vergnügen.

In dieser Frage haben sie jetzt den Pferdefuß gezeigt, sie haben unvorsichtig die Waage gelüftet und klar erkennen lassen, daß ihre Bestrebungen für das Wohl des Volkes sofort ein Ende nehmen, wo dasselbe mit ihrem eigenen Interesse in Gegensatz geräth, und daß die Beherrschungen ihrer Sympathie mit dem Proletariat, sowie die Maßregeln, mit welchen sie dessen Wohl zu befördern vorgeben, nur Spiegelfechtereien sind, um die Arbeiter zu blenden und sie von der rechten Bahn abzulenken. Biele von uns wußten das längst; andere werden es jetzt einsehen. Gegen die Chinesen als solche hege ich keinerlei Antipathien, sie sind Menschen wie wir und haben ein Recht zu leben; aber Niemand hat das Recht, seinen Genossen den Lebensunterhalt abzuschneiden oder zu zerstören, und der, welcher so handelt, ist gleich einem Mörder, der seinem Nebenmenschen eine Kugel durch den Kopf jagt, und muß gleich diesem bekämpft werden.

So lange das heutige abscheuliche System besteht und der Arbeiter, wenn nicht vollständig, so doch nahezu gezwungen ist, zu den von den Kapitalisten gewährten Lohnsätzen zu arbeiten, ist es verbrecherisch gehandelt, haufenweise einen bestimmten Arbeitsmarkt zu besetzen, wenn die unvermeidliche Folge davon eine Herabdrückung der bisherigen Löhne sein muß. Würden die Chinesen nicht für geringeren Lohn als die Europäer arbeiten, so würde ihnen gegenüber keine Ausnahme zu machen sein. Wie die Dinge aber liegen, sind sie ein Fluch für das Proletariat jedes Landes, in welchem sie sich niederlassen.

Die sozialdemokratische, von der Landliga unterschiedene Bewegung hat in Irland Wurzel gefaßt, und jüngst sind in Dublin ein Meeting statt behufs Organisation der Partei. Eine große Anzahl von Mitgliedern trat derselben bei, und es steht zu hoffen, daß im nächsten Winter kräftig fortgearbeitet werden wird.

Der demokratischen Föderation, eine Organisation sozialdemokratischer Richtung, die im vorigen Jahre in London gegründet wurde, und die bereits an verschiedenen Orten Englands Anhänger zählt, ist neuerdings auch eine Sektion in Birmingham beigetreten.

Mit der Zeit wird es auch bei uns Licht!

E. J. Garcia.

## Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 13. September 1882.

— Aus der Schule geschwätzt. Großer Sommer herrscht in den Reihen der Bismarckischen Sozialreformer. Die „Provinzialkorrespondenz“, ehemals ihr Stolz und ihre Wonne, hat ihnen plötzlich in einer Polemik gegen Herrn Bennigsen über die Steuerreform — dieses Paradestück aller christlich-sozialkonservativen Stumpredner — das so schön eingespielte Spiel verderben. Vorbei sind alle Angriffe gegen den Kapitalismus, vorbei alle Brandreden gegen das Börsenspiel, mit denen man die dumme Masse fiebern wollte; wer wird ihnen jetzt noch glauben, daß der „große Sozialreformer“ seinen Freunden Gleichredner und Genossen ernsthaft zu Liebe gehen wird, nachdem in der „Provinzialkorrespondenz“ und in der „Norddeutschen Allgemeinen“ mit klaren Worten auseinandergesetzt worden ist, daß der „wahre Sozialismus“ darin besteht, die Börse und das Kapital zu schonen. Man über nur den Obergangspunkt:

„Es darf Wunder nehmen, daß die Anhänger der deutschen Freihandelschule, die so wachsam sind, wo sie ein Stück Sozialismus zu sehen glauben — ohne zu unterscheiden, ob es sich um wahren oder falschen Sozialismus handelt — nicht auf ihrem Posten gefunden werden, wo es sich um einen der gefährlichsten, zum falschen Sozialismus führenden Weg handelt. Der Erieb der Kapitalbildung ist kein Naturtrieb, sondern eine Eigenschaft, welche der menschliche Charakter durch die Kultur erwirbt, welche gepflegt und geschont sein will. In einem großen Theil der Menschheit, vielleicht in dem zahlreichsten, erheben sich ganze Bevölkerungsschichten noch nicht über ein leichtsinniges oder ein resignirt stumpfes Aus der Hand in den Mund leben. Fängt man an, die Gewohnheit der Kapitalbildung mit Hindernissen zu umgeben und gleichsam Strafen darauf zu setzen, so könnte man selbst bei einem Kulturvolk überraschend schnell zur Ausrottung dieser Eigenschaft gelangen, und damit des ersten Hebels der Kultur.“

„Wollte der Staat, wie diese Rathschläge sich zu empfehlen getrauen, seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen mittelst hoher progressiver Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, prozentualer und progressiver Besteuerung der Börsengeschäfte u. s. w., so würde er den größten materiellen Hebel jeder eigentlichen Zivilisation, nämlich die Kapitalbildung und das zu derselben gehörige Operationsfeld des Kapitals auf seinem Boden zerstören.“

„Es ist eine auffällige Selbsttäuschung, darin Berechtigt zu sehen, daß man den Theil des Einkommens, welcher aus Kapitalbesitz fließt, überall höher zu belassen vorschlägt.“

Es gibt noch der Blüthen ebenso schöne in diesem Artikel, aber die zitierten genügen uns, um das schöne Bild zu illustriren: Bismarck als Schützer des Kapitalismus gegen die Angriffe der — Nationalliberalen. Denn Herr Bennigsen verlangte die höhere progressive Besteuerung des Einkommens aus Kapitalbesitz. Was, ruft die Obergangspunkte, das ist ja ein entschliches Verlangen, damit kommen wir ja auf den Weg des falschen Sozialismus. Der wahre Sozialismus besteht im Schutz der Kapitalbildung, in möglichster Schonung der armen Rentiers, in der Pflege des Börsenspiels, und in möglichst ausschließlicher Einführung von indirekten Steuern.

Und damit gar kein Zweifel herrscht, wer die Vertreter des falschen Sozialismus sind, erklärt die „Norddeutsche Allgemeine“ in einem späteren Artikel:

„Derartige Vorschläge — nämlich procentuelle Besteuerung der Börsengeschäfte u. — charakterisirt die „Proz. Rev.“ als sozialistisch im vollen wörtlichen Sinne und wendet sich damit offenbar gegen den „Reichsboten“ und veranlaßt Blätter wie gegen verwandte Berliner Volksredner.“

Das ist jüwiel! Stöder, Wagner, Gremer, Schuler, Vertreter des falschen, des verwerflichen Sozialismus! Man stelle sich den Schmerz des „Reichsboten“ vor. „Es ist uns nie in den Sinn gekommen“, wehklagt er, „den Unterschied von Arm und Reich gewogischen zu wollen.“ Der arme verdrückte Reichsbote! Und an einer andern Stelle droht er und weist auf die guten Dienste hin, die er der Regierung schon geleistet; hilft ihm aber Alles nichts, es geht jetzt zu den Landtagswahlen, und da gilt es, die kapitalbesitzende Klasse zu gewinnen. Weg also mit dem christlich-sozialen Banerfang, hoch die Börse, hoch der Kapitalismus! Und dieser Ruf ist aufrichtig gemeint.

Uns kann ein so offenes Bekändniß natürlich nur recht sein, es ist eine Befähigung Alles dessen, was wir von jeher über das Bismarckische System geschrieben; wir lieben die klaren, die offenen Spiele. Und um

dem Bismarckischen Leibblatt unsere Erkenntlichkeit für den Dienst, den es uns durch seinen Artikel erwiesen, zu dokumentiren, wollen auch wir aus der Schule schwagen und ihm in der nächsten Nummer den Nachweis liefern, daß es — wie der Berliner sagt — ja so Recht hat, und daß die Beschäftigung der Börse und der Kapitalbildung in der That der wahre Sozialismus ist.

— Es ist einmal gesagt worden, Fürst Bismarck sei der Mann, über den jetzt am meisten gelogen werde. Wir gehen zu, daß sehr viel über ihn gelogen wird, was übrigens nicht zu verwundern, da er selber, vermittelt seiner Reptilienpresse, das Meiste in puncto des Lügens beforzt. Trotzdem gibt es Leute, über die noch viel mehr gelogen wird, und das sind wir Sozialdemokraten, und wir haben dabei vor Fürst Bismarck den günstigen Umstand voraus, daß wir die Lügen nicht zu bezahlen brauchen. Was hat die gegnerische Presse nicht in den letzten Wochen geleistet?

Da liegt Marx in den letzten Jügen, Liebtuecht reißt nach Paris, um ihn auf dem Sterbebette zu trösten; die sozialdemokratischen „Führer“ pflegen in Berlin lange Verhandlungen mit Stöder und Konforten. Nach glücklicher Beendigung dieser Verhandlungen begeben sich die sozialdemokratischen „Führer“ nach München, halten dort eine Konferenz ab, in welcher eine Parteispaltung improvisirt und die Parteitaktik für den Fall eines Thronwechsels in Berlin festgesetzt wird. Hieraus verschwinden die sozialdemokratischen „Führer“ für einige Zeit — vermutlich im Gottthardtunnel — um plötzlich in Byden aufzutreten, wo auf den geschundenen Leichen der „alten und neuen Anbrüder“ von ihnen ein toller Hergensabbath aufgeführt wird — und so weiter.

Es gibt ohne Zweifel in Deutschland eine ganze Kompagnie von Menschen, die aus dem Reptilienfonds ausdrücklich dafür besoldet werden, über die Sozialdemokratie zu lügen. Wir sind über dieses Geschäft keineswegs ungehalten. Unsere Grundsätze verbieten es uns, Klame für uns zu machen, wenn aber die Freunde ein Reklame für uns machen und selber die Kosten der Reklame bezahlen, dann kann es uns nur recht sein.

Aber die Sache hat noch eine andere gute Seite. Die falschen Nachrichten, die über uns in Umlauf gesetzt werden, haben den außerordentlichen Nutzen, daß sie unsere Feinde über unser Handeln und unsere Bewegungen täuschen. Das spart uns viel Mühe und Arbeit und bringt uns große Vorteile. Hätten z. B. die Reptilienpögel nicht gelogen, daß unsere Konferenz in München gewesen sei, so würde die Polizei von der Züricher Konferenz vielleicht rechtzeitig erfahren haben. Kurz — wir haben keine Ursache, uns über die Lügen der Feinde zu beklagen. Im Gegentheil.

— Das böse Gewissen schlägt den Ausbeutern gewaltig, indef gilt auch von dieser Menschengattung das bekannte Sprichwort: Furcht, aber keine Besserung! Man lese nur folgende Korrespondenz, welche das Wiener Kapitalistenblatt „Neue Freie Presse“ jüngst ans Pilsen veröffentlicht:

„Die Arbeiterfrage in Mährschau. Die Sommerzeit neigt sich ihrem Ende zu und je näher der Herbst, die eigentliche „Kohlenaison“, heranrückt, desto weniger erfreulich gestalten sich die Verhältnisse in dem Pilsener Kohlenbeken. Schon im Frühjahr, als der Streik der Bergleute im Pilsener Revier, speziell in Mährschau, beendet und die Arbeit wieder aufgenommen wurde, erklärten die Führer der streikenden Arbeiter, dieser Abschluß der Arbeitseinstellung sei nur ein provisorischer; werde im Laufe des Sommers den Wünschen der Arbeiter nicht vollauf Rechnung getragen, das heißt, die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt, der Lohn dagegen erheblich erhöht, so werde die Streikbewegung im Herbst von Neuem beginnen und diesmal nicht auf das Pilsener Becken beschränkt bleiben, sondern die sämtlichen Kohlenreviere Mährens umfassen. Seither haben auch die Tauer und Böhmer Kohlenarbeiter einen „Streik auf Probe“, wie ihre Führer sich ausdrückten, in Szene gesetzt, theilweise mit bestem Erfolge, theilweise mit dem gleichen Mißerfolge. Gleichwohl läßt sich nicht verkennen, daß die Streik-Organisation extensiv wie intensiv stetige Fortschritte macht. Speziell im Pilsener Kohlenbeken sind die Werksbesitzer jeden Augenblick auf den Ausbruch einer Streikbewegung gefaßt. Daß es unter den Arbeitern unausgesetzt gährt, bewies unter Anderem das Dynamitattentat auf das Beamtenhaus der Pankraz-Jehle, von welchem ich Ihnen feinerzeit telegraphische Mittheilung machte; außerdem ist notorisch, daß die Arbeiter Dynamitvorräthe aufgehäuft haben (?), in deren Beschäftigung bei der wenig vorrätigen Verwendung mit diesem tagtäglich gebrauchten Sprengmaterial mit großer Leichtfertigkeit gelangen können, und die Wortführer der Streikpartei unter den Bergleuten klünden heute schon mit aller Gelassenheit an, daß der für den Herbst geplante Streik nicht so ruhig verlaufen werde, wie jener des verflorbenen Frühjahr.

Dieser Tage erhielten aber die Besizer der Mährschauer Werke eine Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft Pilsen folgenden Inhalts: Seit dem letzten Streik seien die Löhne der Arbeiter nicht erhöht worden, wohl aber der Preis der Kleinfahle per Meterzentner um anderthalb Kreuzer gestiegen; da nun für den Herbst ein neuerlicher Streik bevorstehe, gebe die l. l. Bezirkshauptmannschaft den Werksbesitzern zu ermägen, ob es nicht angezeit sei, die Arbeiter an dem durch die Erhöhung des Kleinkohlenpreises erzielten Mehrgewinne partizipiren, respektive ihnen eine Lohnerhöhung zu Theil werden zu lassen.

Daß die Preise der Groß- und Mittelkohle gewachsen sind, scheint die l. l. Bezirkshauptmannschaft nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen. Selbstverständlich lehnten alle Werksbesitzer das Ansuchen der Behörde, das sofort den Arbeitern bekannt geworden war, entschieden ab. Von Vorsichtsmaßregeln der l. l. Behörden für den Herbststreik hört man noch immer nichts.“

Was das für „Vorsichtsmaßregeln“ sind, die da vermifft werden, liegt auf der Hand. Die l. l. Behörden haben den Herren Werksbesitzern noch nicht genug Polijihen und Soldaten zur Verfügung gestellt, diesen „Herren“, die selbstverständlich (!!) das Ansuchen der Behörde ablehnten, den Arbeitern auf Grund der Steigerung der Kohlenpreise eine kleine Lohnerhöhung zu bewilligen. Denn das „Weichen der Preise der Groß- und Mittelkohle“ scheint doch nur leere Redensart zu sein, um dem liberalen Zeitungspublizist Sand in die Augen zu streuen. Wäre etwas Wahres daran, so hätte der betr. Soldschreiber der Herren Werksbesitzer sicherlich ebenso die Jiffer des Weichens der Preise angegeben, wie der Bezirkshauptmann die der Steigerung der Kleinkohle. Aber das hat er schönkerns unterlassen.

Daß die Herren wissen, bis zu welchem Grade der Verzweiflung sie die Arbeiter getrieben haben, geht aus der ganzen Korrespondenz, insbesondere aus dem Schlusssatz, hervor. Sie fühlen es, welcher Haß in den Herzen der Arbeiter sich gegen sie angespeichert hat. Aber solange sie noch Soldaten zur Verfügung haben, und die „Kanaille“ mit Gewalt willkürlich zu erhalten, solange denkt dieses Raubgeschindel aller Klassen und Nationalitäten gar nicht daran, auch nur die kleinste Konzession zu machen. Da können sie sogar der Behörde gegenüber entschieden ablehnen, sie die sonst jeder entschieden Opposition abhold sind. Wissen sie doch, daß die Obergewalt bis zur „höchsten Person im Staate“, bis zum „vielgeliebten“, „guten“ Kaiser Franz Joseph mit ihnen die gleichen Interessen vertritt. Darum nur immer so fortgetrieben — „nach uns die Sintfluth!“

Hoffentlich wird sie noch über Euch kommen!

— In dem Berliner Wostreprozeß sind die Untersuchungen geschlossen und ist die Anklage auf Aufruhr erhoben. „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ genügt nicht, — man will durchaus einschüchtern. Das wird den Herren allerdings nicht gelingen. Mit



dem politischen „Schreckenssystem“ ist's vorbei. Die Parteigenossen haben sich daran gewöhnt, und fast Furcht wird durch die schmachvollen Verfolgungen, nur Born und Ingrimm erzeugt. Unsere Abgeordneten hatten Gesetzentwürfe, die von den Fortschrittlichen zu übergeben, welche die Berliner Genossen in der revolutionären Erziehung gemacht haben und fortwährend machen. An Rath hat es den Berliner Genossen ja zu keiner Zeit gefehlt. Sofort nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes begannen sie den Widerstand und haben denselben trotz Belagerungszustand und Spitzeln von Tag zu Tag kräftiger organisiert. Aber im Anfang — das läßt sich nicht verkennen — herrschte hier und da eine gewisse Zaghaftigkeit oder Nervosität, wie sie junge Soldaten haben, wenn sie zum ersten Male in den Kampf kommen. Das hob sich indes bald und wurde in den ersten Sessionen nach Erlass des Sozialistengesetzes der Verkehr mit den sozialdemokratischen Abgeordneten aus Klugheitsrücksichten gemieden, so wurde in den letzten Sessionen durchaus keine Rücksicht mehr genommen. Man verkehrte ungehindert in der öffentlichsten Weise mit den Abgeordneten, und wurde dieser oder jener zu größerer Vorsicht ermahnt, so war die Antwort regelmäßig: „Es liegt an uns nichts mehr daran! Mag die Polizei thun, was sie will, wir sind auf Alles gefaßt!“

Die Demonstration, welche zu dem jetzigen Prozeß Anlaß gegeben hat, ist diesem Gefühl entsprungen.

Als Aufrührer war es, daß die acht Gefangenen sich durch das brutale Kommando der Polizei nicht von ihren Pflichten gegen die Partei, gegen den Freund und, wie Frau Hertel, gegen den Gatten haben abwendig machen und sich nicht wie Hunde haben behandeln lassen!

Es wird dafür gesorgt, daß die Brutalität der Polizei an den Pranger gestellt und die Rollen der Ankläger und Angeklagten vertauscht werden. Zahlreiche Zeugen jener Vorgänge werden erscheinen und das Publikum belehren, welche Begriffe die Polizei von ihrer Mission und auf welche Art sie die „Ordnung“ aufrecht erhalten hat.

Die acht Gefangenen, zu denen bisher der Zutritt nicht erlaubt war, werden, ihren Briefen zufolge, nicht schlecht behandelt. Die Freilassung gegen eine Kaution von 1500 Mark ist bekanntlich angeboten worden, da sich aber die Kaution nicht für Alle beschaffen läßt, so hat man auch darauf verzichtet, für Einige die Kaution zu geben, zumal Fälle besondern Nachtheils für Einzelne nicht vorliegen.

Außer den acht Inhaftirten sind noch vier weitere Genossen, die sich auf freiem Fuß befinden, in den Prozeß verwickelt. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter Munkel übernommen, mit dem feierlichen Versprechen, seine ganze Kraft an die Sache zu setzen. Nous verrons! (Warten wir ab!)

Wir werden die Genossen über den weiteren Gang des Prozesses auf dem Laufenden erhalten.

— Unter Verbrecheralbum hat gewirkt. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in einer ihrer letzten Nummern folgende Einleitung: „aus dem Wuppertal“:

„Vor einiger Zeit brachte ein in Zürich erscheinendes sozialdemokratisches Blatt — ein Blatt, wie verdammt doch die „Festsitz.“ nämlich ist — einen längeren Artikel über die Polizeiverhältnisse in Wuppertal. Ganz besonders wurde darin die Elberfelder Polizei mitgenommen. Unter Nennung der Namen einzelner Polizeikommissäre und Wachmeister wurden gegen Beamten die argsten Beschuldigungen der Schwarzerei u. d. m. erhoben. Exemplare des betreffenden Blattes sollen der k. u. Regierung in Düsseldorf eingekauft worden sein. Thatsache ist, daß eines Tags ein höherer Regierungsbeamter in Elberfeld erschien, unter die Beamten trat und — fürchterliche Musterung“ hielt. Es sollen dabei ganz erbärmliche Dinge zu Tage gekommen sein, besonders auch in Bezug auf die laze Kontrolle der öffentlichen Häuser. Kurz darauf wartete in Elberfeld ein überaus strenges politisches Regiment, und zwar ein so strenges, daß ein Kommissär sogar in einem Elberfelder Blatte unter voller Nennung seines Namens und unter eingehender Schilderung seines Auftretens des — Hausfriedensbruchs angeklagt wurde. Zwei Tage später war dieser Kommissär aus seinem Dienst entlassen. Gestern ist ihm ein Polizeiwachmeister in's Privatleben gestoßen und weitere Purifizierung soll in Aussicht stehen. In sozialdemokratischen Kreisen haben diese Vorgänge selbstredend nicht wenig Genugthuung hervorgerufen.“

Das wollen wir meinen. Trotz Sozialistengesetz und trotz offizieller Postmarkerei ist das Parteiorgan heute ein Schrecken für alle Verbrecher in Amt und Würden. Herr Franzel ist übrigens nicht der erste „Sittenwächter“, den der „Sozialdemokrat“ unschuldig gemacht hat, und er wird nicht der letzte sein. Denn unser Verbrecheralbum wird fortgesetzt werden, und wir können speziell aus dem Wuppertal schon heute einen arztigen Nachtrag bringen, wenn wir der „Purifizierung“ Thätigkeit des Herrn Regierungsrath — nennen wir ihn mit Rücksicht auf den Augenschein, den er zu reinigen unternommen, Herkules — nicht vorläufig das Geißel überlassen wollten. Sobald er seine Arbeit aber verrichtet — glaubt, werden wir uns das Vergnügen machen, ihm den Nachweis zu liefern, daß er kein Herkules ist.

— Stieber hat dem deutschen Volke nicht nur sein System, sondern auch seine „Memoiren“ hinterlassen, und „König Moses“ wird sich das Verdienst erwerben, dieses unerschöpfliche Bewußtsein demnach in seinem Postmoniteur, „Berliner Tageblatt“ genannt, zu veröffentlichen. Wie, bei den notorischen Beziehungen Moses' zum Berliner Rollenmarkt, die „Frankfurter Zeitung“ von diesen Memoiren „mancherlei sehr interessante Aufklärungen“ geben dürfte, das ist uns unverständlich. Selbst wenn Stieber sein Fälscherhandwerk — vergl. Protokollbuch im Kölner Kommunistenprozeß — nicht in denselben gelbt hat, was doch nicht anzunehmen ist, so dürfen wir sicher sein, Nichts der preussischen Regierung, d. h. dem System Stieber Nachtheiliges in ihnen vorzufinden. Die dunklen Punkte werden also vorläufig noch unaufgeklärt bleiben.

— Er weiß noch immer aus, der „liberale“ Hamburger Senat. Der bereits früher aus Berlin ausgewiesene Genosse Tigges hatte sich nach Hamburg gewendet, weil er dort Aussicht auf lohnende Arbeit hatte, und weil er, auf die Nebenarten von dem Thurm des städtischen Wasserwerkes herab die rothe Fahne. „Die Thäter sind unbekannt“, fügte die Blätter dieser Nachricht hinzu. Desho schlimmer für den Stier!

— Aus Leipzig, 8. September, wird uns geschrieben: Der Tod Richter's hat unsere Volkshen und sonstigen berufenen und unberufenen Staats- und Gesellschaftsleiter arg konzentriert und fast die Wirkung eines „Gottesgerichtes“ gehabt. Das hße Gewissen erzeugt bekanntlich der Regel nach Angst, und ärgere Angstschmel als unsere Politiken und sonstigen berufenen und unberufenen Staats- und Gesellschaftsleiter gibt's nicht auf Erden, zumal von Berlin aus beständig die Angst geäußert wird. Neuerdings kam eine Postkarte hierher und nach Dresden mit der grusigen Mitteilung, daß für den bevorstehenden Wanderversammlungs des „Heldenkaisers“ in Sachsen ein Attentat geplant werde. In Folge dieser Polizeinotiz haben in Dresden und andernorts

bereits Vernehmungen und andere lächerliche „Vorsichtsmaßregeln“ stattgefunden.

Auf Anordnung des Polizeiarztes bleibt Bebel noch bis nächsten Sonntag in Leipzig. Er kann wieder aufgehen.

Das „Sedansfest“ ist in Sachsen wie überall sonst in Deutschland jämmerlich in's Wasser gefallen. Da und dort offizielle Feier der Verdien und Nordspatrioten, deren Zahl glücklicherweise immer kleiner wird, nirgends Theilnahme des Volkes. Soweit es gefeiert wird, ein Bedientenfest, kein Volksfest.

— Sozialistische Presse. Das vor einiger Zeit von uns angekündigte Organ der New-Yorker Cigarrenmacher, die „Wahrheit“, ist eingegangen; dafür erscheint jetzt, nach Bereinigung der „Union der vereinigten Cigarrenarbeiter Amerika's“ und der „Progressiv-Union“, in englischer, deutscher und tschechischer Sprache der „Progress“, offizielles Organ der „Cigarrenarbeiter Progressiv-Union von Amerika“.

Wir heißen den neuen Mitarbeiter, der die Internationalität der Arbeitersache würdig repräsentiert, bestens willkommen.

— Oesterreich. Es steht jetzt ziemlich fest, daß das Raub-Attentat an Merkallinger von der Polizei angezettelt worden ist, jedenfalls aber ist sicher, daß die Polizei von Anfang an darum gewußt hat. Sehr verdächtig, ihr als bewußter Agent Provokateur behülflich gewesen zu sein, ist der mit einem Theile des geraubten Geldes nach Amerika durchgebrannte Redakteur der „Zukunft“, Hoge. Ist es schon sonderbar, daß die Polizei mit den Verhaftungen wartete, bis Sicherheit war, so gewinnt die Sache einen ganz besondern Anstrich dadurch, daß Hoge noch wenige Tage vor seiner Abreise sich in öffentlicher Versammlung beim Jubel in die Brust werfen und wörtlich erklären durfte: „Wir sind Sozialrevolutionäre. Wir fürchten weder Kerker noch Tod, wir wissen, daß uns nur Eines hilft, die Revolution. Wir haben, um mit Freiligrath zu reden, nur mehr mit einer Feder zu schreiben, nämlich mit „bleiernen Augen“. Der Polizeikommissär, der sonst mit Auflösung so bald bei der Hand ist, sah ruhig dabei, ohne Hoge auch nur zur Wahrung zu ermahnen. Hätte ein „Gemäßigter“ so gesprochen, er wäre sofort verhaftet worden; nur ein gedungener Agent Provokateur durfte ungehindert sich einen solchen Anfall erlauben. Wenige Tage darauf brauchte der mutige „Sozialrevolutionär“, vor dem wir unsere amerikanische Genossen hiemit warnen, durch.

Und die erste, die ein belastendes Geständniß ablegte, war — Hoge's Frau.

Das „Abwarten“ hatte für die Polizei noch einen Vortheil: sie gewann Zeit, „Mitschuldige“ — je mehr desto besser — zu fabrizieren, bezw. von ihren Subjekten fabrizieren zu lassen. So schlug sie zwei Fliegen mit einer Klappe.

Ueber die in den letzten Tagen vorgenommene Massenerhaftung von Anhängern der sogenannten „radikalen Arbeiterpartei“ wegen angeblich gesetzwidriger agitatorischer Thätigkeit enthalten wir uns vorderhand jeder Bemerkung, überzeugt, daß die Prozeßverhandlung, die nach einer offiziellen Mitteilung eine öffentliche sein wird, die Insignie der österr. Polizei, insbesondere aber das schmachvolle Spionagesystem, zur Genüge bloßstellen wird. Die Verhafteten selbst sind: Binder Franz, Buchbinder; Compost Johann, Tischler; Franz Karl, Tischler; Führer Benzel, Tischler; Gröbner Franz, Kellner; Kodidel August, Futteralwäcker; Krebs Joseph, Tischler; Kronsdorfer Robert, Geschäftsdienner; Mayinger Georg, Privatlehrer; Mazur Karl, Schuhmacher; May Franz, Maschinist; Prokharat Joseph, Schuhmacher; Schaffhauser Ferdinand, Fabrikarbeiter; Schenl Anton, Sattler; Schen Joseph, Musiker und Klavierlehrer; Schenl Anton, Bruder des bekannten Andreas Schen, des in London lebenden Sozialisten; Schott Friedrich, Tischler; Siesal Johann, Tischler; Stoup Adam, Tischler; Spiegel Berthold, Handschuhmacher; Stoup Joseph, Stahlarbeiter; Wagner Theodor, Tischler; Weich Franz, Tischler; Winter Joseph, Metallgießer; Worbak Anton, Geschäftsdienner; Würges Karl, Buchbinder, und dessen Sohn Würges Jakob, Kaufmann.

Auch in der Provinz werden Verhaftungen über Verhaftungen vorgenommen. Ganz besonders rücksichtslos müht die Polizei in Reichenberg (Rothbühlmann), dort sind alle nur einigermaßen bekannten Genossen, im Ganzen über hundert Personen, verhaftet worden. Und die Reichenberger sind durchaus keine Sozialrevolutionäre.

Und während so Hunderte von braven Arbeitern hinter Schloß und Riegel schmachten, weil sie es gewagt, für die Befreiung ihrer Brüder vom Doppeltödt der politisch-sozialen Sklaverei einzustehen, reißt der „gute“ Kaiser Franz Joseph im Lande herum, angehocht von gemieteten Statisten und beschränkter Spieglbildern. Die bürgerlichen Parteien überließen sich lieberhaft in Ergebenheitsbezeugungen, je mehr sie kriechen, um so glänzender dokumentieren sie ja damit ihre Regierungsfähigkeit. Eine elende Gesellschaft!

— Schweiz. Die Konferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Olten war von 14 Delegirten aus Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Frauenfeld, Genf, Olten, Winterthur und Zürich besucht. Die Gründung einer Wandelunterstützungsgesellschaft wurde im Prinzip angenommen und die Ausarbeitung eines dahingehenden Entwurfs dem Gewerkschaftskomitee in Genf übertragen. Letzteres erhielt ein einstimmiges Vertrauensvotum. Ferner wurde beschlossen, energisch für die Erhaltung der „Arbeiterstimme“ zu wirken, und die Erklärung des Genossen Conzett, daß er dieselbe solange unentgeltlich redigieren werde, bis sie sich deckt, mit Dank zur Kenntnis genommen. Mit dem Versprechen, rüstig weiterzuwirken für die Organisation der Arbeiter, trennten sich die Delegirten.

Im Schweizerischen Grütliverein fand vor wenigen Tagen die Urabstimmung über die Wahl von Redakteur und Drucker des „Grütli-Anner“ statt. Der bisherige bewährte Redakteur desselben, Bogel-Sanger, wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso erhielt auch Genosse Conzett wiederum den Druck des Grütli-Anner mit 2456 gegen 562 Stimmen, welche auf zwei seiner Konkurrenten fielen, und zwar auf weitere vier Jahre. Wir begrüßen diese Wahl mit Freude, denn sie ist uns ein Zeichen, daß der Geist des entschiedenen politischen und sozialen Fortschritts im Grütli-Anner vorherrscht.

— Spanien. Auch in Spanien ist, wie leider in mehreren anderen Ländern, die Arbeiterbewegung in zwei große Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die sogenannten Anarchisten, die lediglich die gewerkschaftliche Organisation, d. h. nicht etwa im Sinn der englischen Gewerkschaften, und den rein ökonomischen Kampf der einzelnen und jeder Theilnahme der Arbeiter am politischen Kampfe verwerfen; sie sind, so weit wir es beurtheilen können, die stärkere Richtung, wenigstens der Zahl der ihnen anhängenden Gewerkschaften nach. Es ist dies Angesichts ihres ziemlich dehnbaren Programms auch sehr begreiflich. Ihr Organ ist die „Revista social“ („Soziale Rundschau“) in Madrid. Auf der andern Seite steht die spanische sozialdemokratische Arbeiterpartei mit einem dem deutschen, französischen, italienischen u. d. m. entsprechenden Programm und dem Organ „El Obrero“ (der Arbeiter) in Barcelona. Von dieser Partei eintreten, tagte am 13., 14., 15. und 16. August in der letzteren Stadt ein allgemeiner spanischer Arbeiterkongreß. Auf demselben waren 152 Vereine durch 123 (nach der „Plebe“ 224) Delegirte vertreten, der Kongreß entschied sich für die Theilnahme der Arbeiter am politischen Kampf und die Eroberung der politischen Macht, als Mittel, den Staat aus einem politischen in einen ökonomischen umzuwandeln, in welchem die Arbeitsmittel der gesamten Gesellschaft gehören und von dieser den produzierenden Verbänden zum Gebrauch

überlassen werden. So werde der arbeitenden Klasse der volle Ertrag ihrer Arbeit garantiert.

Die Anarchisten, welche aufgefordert worden waren, auf dem Kongreß ihre Aen zu entwickeln, hatten zum Schluß nur noch die Stimmen der von vornherein mit imperativem Mandat versehenen Delegirten von vier anarchischen Vereinen für sich.

Wir begrüßen das Ergebnis dieses Kongresses mit Freude und rufen unsern Genossen in Spanien ein herzliches Glück auf! zu.

Der Kongreß der Anarchisten findet am 25. September in Sevilla statt.

## Korrespondenzen.

— Dresden, im August. Seit langer Zeit ist im Sozialdemokrat kein Bericht mehr von hier erschienen, und die auswärtigen Genossen glauben, in Dresden legen die Hände in den Schooß. Es ist dies jedoch nicht der Fall. Die hiesigen Parteiangelegenheiten sind für die nächste Zeit aufs Beste geregelt, und wir fahren fort, in der Agitation für unsere große Sache thätig zu sein, unbekümmert um das infame Ausnahmengesetz und das Spitzelthum, welches hier in ganzen Häusern die Straßen unsicher macht und nach neuen Opfern auf der Suche ist. Die Dresdener Zwingburgen sind nämlich jetzt leer, deshalb gehen die 40 Neu-Angehörigen immer mit einem Aleren bewachten Spürhund, damit sie auch Routine bekommen. Aber, ach! dieser dieser weisen Maßregel haben wir im vergangenen Monat eine Konferenz abgehalten, ohne von ungeladenen Gästen belästigt zu werden, und die Dresdener Genossen haben für die baldige Abhaltung eines Kongresses gestimmt. Was die Klassenverhältnisse anbetrifft, so haben die Einnahmen mit denen der vorigen Jahre ziemlich gleichen Schritt gehalten, es müßte freilich besser sein, damit wir auch einmal einen größeren Posten an den Unterstüßungsfond abliefern können; jedoch haben wir zu viel Ausgaben für Inhaftirte und daher die Lokalkasse sehr im Anspruch nehmen müssen.

Um auch wieder einmal den auswärtigen Genossen ein Bild sächsischer Gerechtigkeit zu geben, weisen wir auf die vor einiger Zeit erlassene ministerielle Bekanntmachung hin, welche die Ausweisungen regeln sollte, der aber nebenbei eine geheime Instruktion beigelegt war, damit die Herren den Schein des Rechtes wahren. Der Arbeiter Krügel, welcher in der Druckerlei der verbotenen „Abendzeitung“ thätig war, war das erste Opfer dieser famosen Bekanntmachung, dann folgte der Sattler Weiß, als angeblicher „Reiter“ — weil er mit Bebel, Liebknecht und verschiedenen anderen Genossen gesehen worden war — und als Ausländer, welche nach dem Aussprüche des Hainig-Wallwitz im Landtage, beim Kapitel der Polizei-Schweineerei, bloß gebüdet werden. Weiter wurde der Schuhmacher Franz Schreiber, welcher wegen angeblicher Verbreitung verbotener Schriften trotz des Fehlens jeder Beweise verurtheilt worden war, ausgewiesen.

Es bräthen hier ein tschechischer Verein, welcher sich mit Nationalitätsdünselfei befaßt, und ein Verein tschechischer Parteigenossen. Letztere wurden von Ersterem denunziert. Es fanden wiederholt Hausdurchsuchungen statt, bei denen indeß nichts gefunden wurde als einige verbotene Bücher. Dies genügt, aber fünf brave Genossen, darunter der Genosse Kalba mit Familie, die Ausweisung zu verhängen. Schmach über die Verbreiter!

Ein weiterer Beitrag zum Kapitel der sächsischen Beamtenrechtheit ist folgender. Den Genossen Hünig, Roth und Pflaum, die letzten, welche Reuekonfession auf der Hainig-Wallwitz verließen, wurde von den Staatsretretern eine Verwahrung erteilt, nicht respektwüßig gegen die Polizei zu sein und nicht schreien zu gehen. Als ob die Burschen Rekruten vor sich hätten! Die Festsellung Pflaums ist schon im Parteiorgan mitgeteilt, es kann jedoch nicht oft genug auf diese Schandthat der sächsischen Regierung hingewiesen werden.

Als Gegenstück zu den obigen Akten sächsischer Rechtspflege diene folgender Fall. Hat da so ein Ordnungsmann, Hausbesitzer und Schlossermeister, Namens Staudel, ein fünfjähriges Mädchen viermal genöthigt und auch das Kind seiner eigenen Tochter mißbraucht. Die ganze Vampenpreise beobachtete rücksichtslos Verschwiegenheit, und der Kerl wurde nicht einmal in Untersuchungshaft genommen, bis zwei Tage vor der Verhandlung, wo ihm zwei Jahre Zuchthaus verurteilt wurden, während unsere Genossen bei der geringfügigen Sache Monate lang in Untersuchungshaft schmachten mußten. Der sächsische Stralnikow, von Wangold, aber erklärte den Richtern bei Schluß der Schwurgerichtsperiode: „Wohl dem Lande, wo noch Recht und Gerechtigkeit waltet! Rechte es immer so bleiben!“ Der Kerl fürchtet nämlich die Strafe für seine Schandthaten, es ist dies derselbe, welcher am 1. Pfingsttag Genosse Bebel weglassen ließ. Einen weiteren Beleg für die Unschärfe der Richter liefert der Inhaftirte des Bandweber Böhm, 1863 in Bayreuth. Des vorrige König, der Mann „nicht die Gefängnislast werth. Johann war auch von Gottes Gnaden! Dieser Fall hat eine große Aufregung hervorgerufen.

Ein Polizeifeldwebel von dem bekannten Polizeispürhund Fichtner möge den Genossen noch mitgetheilt werden. Fichtner ging zu dem Genossen Albrecht, zu einer Zeit, wo dieser nicht zu Hause war, und gab sich für einen Freund von ihm aus. Er müßte abreisen, es thue ihm herzlich leid, seinen Freund Albrecht nicht sprechen zu können, er wolle nur seine demselben geliehenen Bücher holen u. d. m. Aber die Frauen kannten den Hallanten schon, und freuten sich über seine abgebrauchten Mittel, die Ende 1878 vielleicht verlangen hätten, heute aber nicht mehr zichen. Mehr Glück scheint Fichtner bei den Gastwirthen zu haben; es gelang ihm, dem Volksbildungsverein, der ein Sommerfest abhalten wollte, zwei Lokale zu hinterreiben, was die Regime nach einem dritten nötig machte. Aber dort wurde wieder von den Regimentskommandeuren der Militärmaßstäbe das Spiel verboten. Wenn die Kommandeure wüßten, wie viel Sozialdemokraten unter den Soldaten wären, dann müßten sie auch dort das Spiel verbieten.“

Auch in Oesterreich sind die Zustände nicht besser. Ein hiesiger Genosse, Kommerzial, ging, gezwungen durch Denunziation eines Frauenkomitee, nach Prag, und trat dort in den Volksbildungsverein ein. Dort wurde er mit noch 17 Genossen verhaftet wegen „Geheimbündel, Störung der öffentlichen Ordnung und Sünden anfreudiger Väter“, vom 18. Dezember 1881 bis 18. April 1882 in Untersuchung gehalten, dann auf die Aussage des Zeugen Palecek, welchen der eigene Vater als ein arbeitsloses Subjekt bezeichnete, das für Geld zu jeder Schändlichkeit fähig sei, zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt, weil in einigen Punkten dessen Aussagen mit denen der Polizei übereinstimmten. Nachdem Kommerzial seine Strafe verbüßt hatte, wurde er in Kette gefesselt nach Dresden gebracht und dort acht Tage im Gefängniß gehalten. Man konnte zwar keine Anklage gegen ihn fabrizieren, aber er hatte doch noch ein großes Sündenregister anzuschauen, nämlich das Tragen einer rothen Blume. Deshalb war eine Kette nötig, so will es die „Ordnung“ in Deutschland und Oesterreich!

Am Aufzuge der Dresdener Genossen. Vorwärts!

— Vöbta-Dresden, im August. Post-Stieber hat unweifelhaft meine Korrespondenz, welche ich im Laufe des Monats April an die Redaktion des „Sozialdem.“ über hiesige Verhältnisse und Vorkommnisse einreichte, „gefunden“, sonst müßte dieselbe längst im Parteiorgan erschienen sein. Ich hoffe, daß diese nun doch, freilich in verlängerter Form, erscheinen wird, da sich inzwischen noch so manches ereignet hat, was die Freunde und Anhänger unserer Sache interessieren dürfte.

Zunächst sei angeführt, daß die Wahl des Genossen Horn zum Ausschmittgliede der hiesigen Gemeindeverwaltung von der Königl. Amtshauptmannschaft nicht bestätigt wurde. Genosse Horn hat hiegegen Rekurs eingelegt, derselbe wurde jedoch ebenfalls für „unbegünstigt“ erklärt, weil — nun weil Horn nicht in der Wählerliste stand — ein überaus dürftiger Vorwand, da es nicht Horn's Schuld war, daß die Eintragung unterblieb, sondern jenes Ehr- und pflichtvergessenen Gemeindebeamten Reinhardt, welcher die hiesige Gemeindekasse befehligte und sonstigen Schwindel verübte, wofür derselbe — allerdings erst nach Interpellation von Seiten unserer sozialdemokratischen Gemeindevorstandsglieder — 2 1/2 Jahre „Zwidan“ erhielt. „Berklage den Teufel bei seiner Großmutter und Du wirst gemiß kein Recht finden“, dieses Sprichwort kann man



und auf den Retard Horn's anwenden; denn obgleich auf das Nachdrücklichste darauf hingewiesen worden war, daß der betr. Beamte sich absolut geweigert hatte, Horn nachzutragen — fand sich die königliche Kreishauptmannschaft nicht bewogen, darauf Rücksicht zu nehmen, ja sie ging nicht einmal auf diese Frage ein, sondern begnügte sich einfach mit dem allerdings billigen Bescheide: Horn stand nicht in der Wahlverfähi-

gung, folglich hatte er weder das Recht zu wählen, noch konnte er gewählt werden. Es wird in der Folge die Nothwendigkeit an alle diejenigen herangetragen, welche in die Lage kommen, sich in die Listen der Wahlberechtigten ein- bzw. nachzutragen lassen zu müssen, sich mit einem Knüttel auf die Verletzung der Dienstpflicht ihrer Beamten kein Gewicht legen und den dadurch Geschädigten nicht zu ihrem Rechte zu verhelfen geneigt sind, so muß sich eben das Volk helfen wie es kann. Es wäre wohl mancher der Herren im Gemeinde-Ausschuß von der Befähigung der Wahl Horn's nicht sonderbar erbaunt gewesen, da Horn, wie die Herren nur zu gut wissen, derselben Thun und Treiben scharf beobachtet und gelegentlich auch kritisiert.

Diese Herren haben überhaupt in der Thätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ein Haar gefunden, d. h. insoweit als diese Thätigkeit nicht in den Kram des Herrn Gemeindevorstandes und seiner Anhängerschaft paßt, wie ich gleich ausführen werde. Nachdem der Gauner Reinhard „gegangen“ worden war, liefen bei unseren Vertretern noch mehrfach Klagen ein, daß hiesige Steuerzahler wegen bezahlter, aber angeblich „rückständiger“ Gemeindevorstellungen gemahnt worden seien. Unsere Vertreter forderten namentlich alle diejenigen, welche im Besitze von Luitungen und hiesigen befristeten Mahnzettel seien, durch öffentliche Plakate auf, ihre Adressen unter Verwahrung ihrer Beweismittel an Horn und Kreisrath abzugeben. Die moralische „Entscheidung“ der Herren hätte nicht größer sein können als die schäme: „Eine Schande für den Ort ist es, wenn das Fremde leidet“, „was muß man von einem solchen Orte denken“, das waren u. A. die Schmerzensschreie der konservativen Herren.

Schande für den Ort? Rein, aber Schande für die Herren Beamten, in erster Linie für den Herrn Gemeindevorstand, der seine Beamten so schlecht kontrollierte, daß ein jahrelang fortgesetzter Betrug durch den pp. Reinhard und zahllose Schnitzer anderer Beamten patzfinden konnten! Und das Resultat der öffentlichen Aufforderung? Nun, man darf zugeben sein. Man hat gefunden, daß die Mahnungen auf längst bezahlte Beträge passen und sammt und sunders von dem Herrn Gemeindevorstand K. A. B., dem Hauptagitator der Ademann'schen Kandidatur, herrühren. Man wird namentlich zu erfahren haben, inwieweit die fraglichen Beträge in den Steuerlisten quittiert sind; (jedemfalls sind sie es nicht, denn sonst könnte keine Mahnung erlassen werden), dann kann es diesem Herrchen ebenso ergehen wie jenem „Kollegen“ Reinhardt, Uebbrigens scheint der Bursche schon Lunte gerochen zu haben, denn er hat bereits seine Stelle gekündigt, wahrscheinlich veranlaßt durch einen Brief mit dem Hauptwahl. Wird ihm aber trotzdem nichts nützen! Wie die Kassenführung bisher auf hiesigen Gemeindevorstand gehandhabt wurde, das spottet aller Beschreibung. Ein annäherndes Bild kann sich aber ein Jeder machen, wenn er hört, daß ein von der königl. Amtshauptmannschaft beauftragter Revisor sechs volle Wochen beschäftigt war, um die Bücher richtig zu stellen, daß er aber nach dieser Zeit ebenso klug abzog, als er gekommen. Oder auch klüger. Seit der einige Sozialdemokraten im Gemeindevorstand sitzen, scheint eine Wandlung zum Besseren eingetreten zu sein, wenigstens geht jetzt das Kassensystem einen geregelteren Gang.

Da ich einmal bei den „Rückständen“ vulgo unvollständigen Steuerzahlern bin, so will ich gleich einen Maßregel erwähnen, auf Grund deren unsere weisen Gemeindevorstände „böswillige“ Steuererstattungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen heranzuziehen hoffen. Es sollen nämlich alle „böswilligen“ Steuererstattungen kein Versteckspiel sein, sondern resp. die Wirthe dürfen ihnen bei Strafe der Konfiskation keine Getränke verabreichen. In diesem Besatze wird eine Restantenliste angefertigt, welche in den betr. Geschäften und Wirthehäusern ausgehängt wird. Auch in Kösteln soll mit dieser Maßregel begonnen werden. Man denke sich den kolossalen Blödsinn, der in dieser Methode liegt, Steuern einzutreiben. Jemand, der Nichts hat, kann keine Steuern bezahlen, weil er eben nichts hat, womit er sie bezahlen kann; und derjenige, der etwas hat und „böswillig“ nicht bezahlt, nun — da haben wir unseren Erhalter.

Nun denke man sich einen Ort wie Kösteln, Striegen oder Pieschen mit ca. 10,000 Einwohnern; darunter sind — angenommen — 200 „böswillige“ Steuerzahler. Welcher Cashwirth kann alle diese Leute dem Ansehen nach? Oder sieht er es ihnen an der Nase an, daß sie „böswillig“ keine Steuern zahlen? Ich will übrigens unsere Nachweisen gleich mit einem Maße aufheben: Man hänge jedem der Betroffenen ein Täfelchen auf die Brust, welches er stets unter Androhung der Prügelstrafe zu tragen hat, oder, was noch besser ist, man tätowire ihm den rückständigen Steuerbetrag auf die Stirne ein, so ist er jedem kenntlich.

Die Narren! als wenn sich ein wirklich böswilliger Zahler, richtiger Steuerermeigerer, den Laufel aus dem Wirthehausbefehle an solchen Orten wie Kösteln u., die so nahe an der Stadt liegen, machte! Und, abgesehen von dieser Maßregel gegen wirkliche notarielle Steuerverweigerer, wer hätte das, oder wer stellt sich, daß diese 200 Steuererstattungen sämtlich „böswillig“ sind? Oder kann der Arbeitermann, der, wie es gerade in diesem Winter so häufig vorgekommen ist, während der Hälfte dieser Jahreszeit ohne Arbeit und Verdienst war und infolge dessen kaum das Nothdürftigste für sich und die Seinen erzingen konnte, als „böswilliger“ Restant betrachtet werden, weil eben Nichts mehr zur Bezahlung der Steuern übrig blieb?

Und wie kommt der einzelne Geschäftsmann als Steuerzahler dazu, der Gemeindevorsteher in Liebe Ginsten an seiner Steuerbonnelle zu erweisen? Die sozialdemokratische Gemeindevorsteher trotz einer derartigen Maßregel ihre Zustimmung geben, ist mir schwer verständlich; ich würde mich gewiß freuen, wenn ich hierüber aufgeklärt, bzw. eines Besseren belehrt würde.

Ueber weitere Vorkommnisse, sowie über die hiesigen Parteiverhältnisse zu berichten, behalte ich mir für ein anderes Mal vor.

Ein Unverbesserlicher.

— **Eßlingen**, 8. August. Was uns heute veranlaßt, den Raum des Parteiorganen in Anspruch zu nehmen, ist die Kunde vom Tode eines braven unerschrockenen Kämpfers. Am 22. Juli starb in Paterson (Nordamerika) unser Freund und Parteigenosse

Fritz Bartholomäus aus Eßlingen im Alter von nicht ganz 29 Jahren. Der Verbliebene übte, solange er hier weilte, zu den thätigsten Genossen. Nichts war ihm zu viel, nichts zu gefährlich, wenn es galt, für das große Ganze seinen Beitrag zu leisten. Er war einer der Wenigen, welche bei den letzten Reichstagswahlen für die Kandidatur Babel die ganze Kraft einsetzten, die Tag und Nacht unermüdet thätig waren, um die Grundzüge unseres Kandidaten unter der Bevölkerung zu verbreiten. Hundertmal trat er unter Preisgabe seines eigenen Ich's müthig ein für die Befreiung des politischen und ökonomischen Proletariats. Durch Familienverhältnisse einerseits gezwungen und andererseits um seine eigene Lage zu verbessern, wanderte er im April ds. Js. nach Amerika aus, im schönsten Mannesalter, voll berechtigter Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, als er nach nur zehnmonatlichem Aufenthalt einem Magenleiden unermüdet schnell erlag.

Als Arbeiter freundschaftlich gegen seine Mitmenschen, als Parteimann offen und ehrlich, wußte er sich hier wie auch in seiner neuen Heimath Liebe und Achtung zu erwerben, was die Parteigenossen wie auch seine Geschäftskollegen durch die zahlreiche Theilnahme an seinem Leiden begünstigt begünstigt haben. Am Grabe des Verbliebenen sprach ein Genosse einige anerkennende Worte, da unser verlorener Freund sich entschieden die Begegnung eines Priesters verbot.

Wir Eßlinger verloren an ihm einen treuen Freund und die Sozialdemokratie einen tapferen Streiter. Mögen recht viele neue und alte Genossen denselben sich zum Vorbilde nehmen.

Für seinen Andenken!

— **Berlin**. Der „Sozialdemokrat“ hat reichlich Gelegenheit, sich mit der Thätigkeit der deutschen Staatsanwälte und des deutschen Richtersandes zu beschäftigen. Dem wären nicht die Prozesse in München, Dresden, Hannover u. im Gedächtnis. Um jedoch diese positiven Leistungen der deutschen Rechtsbehörden richtig beurtheilen zu können; ist es nöthig, den negativen Leistungen derselben einige Aufmerksamkeit zu schenken. Wir wollen uns heute nicht mit der Freisprechung der Veranlasser verschiedener Gräueltthaten, Theaterbrände u. dergleichen, sondern eine die Interessen der Bourgeoisie selbst sehr empfindlich berührende Angelegenheit erörtern. In fast jeder größeren Zeitung findet man unter den Inseraten „wöchentliche Börsenberichte“ der „Berliner Vereinsbank“, des Herrn Jean Fränkel, des „Bankhauses“ Max Ledenschein u., die auf kindlich naive Gemüther berechnet sind, welche durch Arbeit, Erischkeit, Fröhschaft u. in deren Besitz von ein paar hundert oder tausend Thaler gekommen sind, und die es denselben plausibel zu machen suchen, daß sie mit ihrem Gelde leicht das Doppelte, resp. Dreifache verdienen können, wenn sie sich diese oder jene Papiere dafür kaufen. Diese Gouner haben hierzu sogar eigene Organe angeklüftet, wie das „Berliner Börsenblatt“ zur Wahrung der Interessen (!) der Privatkapitalisten und Rentiers unter Redaktion des sauberen Herrn Johannes Hollander, um ihre Romaneure (Papiere, die keinen Werth haben) besser anbringen zu können. Es ist nicht ohne Interesse, daß die leichtgläubigen Menschen, welche durch solche Manipulationen um ihr Geld gebracht werden, daß solche Vorkommnisse hier zur Sprache gebracht werden; denn die meisten derselben sind nicht zu behauern, indem sie nur ihr grenzenloser Geldgier in's Verderben treibt.

Wenn aber weder Staatsanwaltschaft noch Richtersand sich veranlaßt fühlen, gegen raffinierte Betrüger vorzugehen und denselben das Handwerk zu legen, obgleich es an Anzeigen und Mittheilungen bestimmter Fälle nicht gefehlt hat, wenn man vielmehr, trotz dieser Anzeigen, so lange mit dem Einschreiten wartet, bis der betr. Gauner seinen Raub und seine werthe Person in Sicherheit gebracht hat, so zeigt dies eben, wie Staatsanwaltschaft und Richtersand ihre Aufgabe auffassen. Da ist lange mit dem „Bankhaus“ Max Ledenschein hier in Berlin. An der Börse u. B. das „Bankhaus“ Max Ledenschein war seit Jahr und Tag nicht der geringste Zweifel darüber, daß die von diesem „Bankhaus“ empfohlenen Papiere wie Prioritäten der „Garzer Aktiengesellschaft für Eisenbahnbau“, Prioritätsobligationen der „Sittoriabank“ u. dergleichen verpuffte resp. ansichtslose Unternehmungen betreffen, die mit bedeutenden Unterbilanzen arbeiten und ihre Zinsen nur eine zeitlang vom Kapital bezahlen können, von denen daher an der Börse so gut wie nichts verlangt werden konnte, von denen aber mit Hilfe lügenhafter Zeitungsberichte, da dieselben von keiner Behörde beanstandet wurden, ein großer Theil an Privatleuten zu hohen Kursen untergebracht wurden. Natürlich seien die Papiere sehr bald darauf bedeutend und wurden für ein Butterbrot von dem sauberen Bankhaus zurückgenommen. Würde so auf der einen Seite das Publikum beschützen, so wurden auf der anderen Seite die betreffenden Gesellschaften auch nicht übergangen. Son den, von der Direction der Garzer Aktiengesellschaft nur in Depot abgegebenen Prioritäten wurde sichtlich verkauft, und als die Direction, nachdem sie dies erfahren, Vorzeigung der betreffenden Beweise verlangte, wurde sie mit Enttäuschung abgewiesen. „Eine solche Behandlung lasse sich kein Banquier gefallen.“ Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft blieben ohne Erfolg. Ja, als dann ein Preßorgan, das „Börsenwochenblatt“, das Gebahren des Ledenschein schärferte, hatte derselbe die Frechheit, das betreffende Blatt wegen Verleumdung zu verklagen und setzte es durch, daß es zu Nr. 20. — Geldstrafe verurtheilt wurde, obwohl das Gericht in dem betreffenden Erkenntnis vom 13. März o. wörtlich zu verstehen mußte, „das Verbahren des Klägers rechtfertigt die Annahme, daß seine Geschäftsunternehmungen nicht auf denjenigen soliden Grundlagen beruhen, welche durch Treue und Glauben im Geschäftsvorkehr geboten sind.“ Aber behindert wurde Ledenschein in seinen Gaunereien weder vom Gericht noch vom Staatsanwalt, er konnte es vielmehr noch unbehindert bis Mitte August fortsetzen, und nur als die Fälligkeit einer von ihm dem Sänger Bondi gegebenen Anweisung auf Mailand über Fr. 6000 entdeckt und der Staatsanwaltschaft angezeigt wurde, hielt Ledenschein es für gerathen, zu verabschieden und die ihm anvertrauten Kapitalisten vollständig mitzunehmen. So verlieren nicht allein die von ihm geträubelten und vermalten Aktiengesellschaften ihre Aktien und Deposits, sondern auch eine große Anzahl Privatleute bedeutende Summen, zum Theil ihr ganzes Vermögen. Die Passiven sind daher sehr bedeutend, die Aktiva fast gleich Null, so daß an die Erfüllung des Konturtes kaum gedacht werden kann. Jetzt erst hat allerdings der Staatsanwalt einen Stadtbrief hinter Ledenschein, nachdem derselbe vor ganz Berlin, unter den Augen der Behörden und unbekanntlich von denselben, seine Spühlübereien ein gross länger als ein halbes Jahr ausgeübt hat — trotz aller Denunziationen und Anzeigen.

Aber wenn Bourgeois heutzutage stehen, so ist dies nach den Begriffen unserer Behörden kein Unrecht, um müssen sie dabei die gesetzlichen Formen wahren. Hätte Ledenschein keine gesetzlichen Anweisungen ausgegeben, so konnte er das Publikum nach wie vor mit Hilfe seiner faulen Papiere ansplündern. Und dies doch ohne Kampagne noch unbehelligt nach wie vor, u. B. die Vereinbank Sternberg (Delheim!), die „Bankhäuser“ Jean Fränkel (Berliner Viehmarkt-Aktiengesellschaft), Leopold Friedmann (Postage, Egell), gegen welche auch schon zahlreiche Denunziationen von Betroffenen vorliegen, die aber der Staatsanwalt nicht behelligt. Weiß der Staatsanwalt doch, daß weder Sternberg, noch Friedmann, weder Fränkel noch Hollander Sozialdemokraten sind.

Ein ander Bild und ein wirkliches Bild. Wer hätte es nicht schon gesehen! Den Urgrößen mit dem Widelsteine auf dem Schoße und Vaterleben und Großvaterleben auf beiden Seiten in rührenden Stellungen. Dieses Bild schwebte mir vor Augen, als ich heute in Glatzer's Lehrbuch der allgemeinen Psychologie, Band I, Seite 642, folgende Schilderung des Urgrößenalters las:

„Mit der Stumpfsinnigkeit der Sinne und der geringen Empfänglichkeit des Nervensystems hört auch das künftige geschwächte Vermögen, Neues zu lernen, sich mit neuen Ideen zu betheiligen, ganz auf, die Wissenschaft, Kunst, Industrie und Politik gehen aber stets vorwärts, der Urgrößen kann dem nicht folgen, er entnimmt sich also der Welt, der größte Theil der gleichgestellten Zeitgenossen ist schon vor ihm von der Welt geschieden, der Geist findet keine Nahrung, keine Befriedigung in der Welt mehr, er zieht sich daher von allen Geschäften, von aller Berührung mit der Welt zurück.“

Deutsches Volk! Ist es nicht unverantwortlich, kräftlich, einem solchen Stumpfsinnigen, außer seiner Zeit lebenden Urgrößen die Leitung des Geschickes von Millionen zu überlassen? Eine solche Rathenwidrigkeit muß sich bitter rächen!

### August Weib.

Es schimmert in Hamburgs Erde  
Ein pauper, ein guter Mann,  
Von liebevollem Gemüthe,  
Das der Herzen viele gewann.  
Der Menschenfreund kennt ihn als Dichter,  
Für der Armen bedrückte Schaar;  
Und es gibt in der Welt der Männer  
Nur wenige wie er war.  
Er erkante so heiz die Freiheit,  
Er wünschte der Armen Glück,  
Und wenn er sah Noth und Elend,  
So kuschelte sich sein Blick.  
Drauf stand er stets an der Spitze,  
Wo's galt, zu vertheidigen das Recht,  
Wo's galt, eine Fesseln zu sprengen,  
Zum Freien zu machen den Knecht.  
Auch baute er plätschernd Wesen,  
Sein Streben war: Licht, mehr Licht!  
Für die alten vergilbten Mythen  
Begeisterte er sich nicht.  
Nur richtig denken und handeln!  
Dann, merkte er, war' es schon gut —  
Für diese goldenen Worte  
Stand ein er mit Gut und Blut.  
Und wie er so sich bemühte,  
Zu lindern der Armen Noth,  
Da brach sein edles Herz  
Der unerlöschlichen Loth!

Zu seinem Begräbnisse kamen  
Der Freunde viele herzu,  
Ihm das Geleit zu geben  
In seiner letzten Ruh.  
Und es stahl sich manche Thräne  
Aus weitergeklümmtem Gesicht —  
So ehrt das Volk seine Todten,  
Seinen Geiz vergißt es nicht.  
Ruhe sanft, du maderer Kämpfer,  
In der Erde süßem Schooß!  
In der Fremde hab' Dein Freunde,  
Im Vaterland heimathlos!  
Verfolgt, vertrieben, gelächelt,  
Gejagt von Weis und Kind,  
Im Rücken das schließende Obdach  
Und drängen heult der Wind!  
Ein kühlfischer Strampfwirter.\*

\* Der Verfasser, ein junger Naturdichter im doppelten Sinne des Wortes, würde vielleicht etwas weniger melancholisch geschlossen haben, wenn es ihm möglich gewesen wäre, sich das Parteiorgan zu verschaffen und daraus zu ersehen, daß die „Wächterin“ nicht weniger als keimfähig und trotz ihrer „heimathlosigkeit“ rühmlich am Umlauf des Regiments der Verfolger arbeiten. Es ist dafür gesorgt, daß dem Dichter das Parteiorgan von nun an regelmäßig zugeht.

Anmerkung des Einlenbers.

### Warnungen.

— Der Spindel im Münchner Konkre-Prozess scheint jetzt in der Person eines gewissen Konrad Wändler entdeckt zu sein. Wändler war in früheren Jahren im Schreinerfachverein in München sehr thätig, kam aber allmählig ganz herunter und führte in den letzten Jahren als Hausfrier eine etwas zweifelhafte Existenz. Durch die Vertrauensseligkeit eines seitdem ausgewanderten Genossen erfuhr Wändler allerhand, was er im Prozeß anzubringen versucht hat. Den betreffenden Genossen hatte er schon vorher denunziert.  
Wändler ist 45 Jahre alt. Seit 1880 wehnt er äußere Wienerstraße 84 II. Er trägt aber trotz wenigstens einen wenig gepflegten blonden Vollbart und spricht mit leichtem schwäbischen Kasing.  
Die Münchner Genossen seien hiermit vor ihm gewarnt!

— Die Genossen in Jänstfischen (Ungarn) ersuchen uns, vor den Anwerbungen seitens der dortigen Bergwerksdirektion zu warnen. Es möge sich ja Niemand verleiten lassen, dorthin zu gehen; er würde sich schmähtlich betrogen sehen. Die Zustände in den dortigen Bergwerken sind derart, daß fortwährend Auswanderungen nach Amerika stattfinden.

### Briefkasten

der Redaktion: Freunde in Buenos-Aires: Wenn die dortige „La Plata-Zeitung“ es sich zu ihrem Verzuge macht, den „Sozialdemokrat“ nachzubringen und so die schale Kost, die sie für gewöhnlich ihrem Publikum vorsetzt, von Zeit zu Zeit durch etwas kräftiges Salz würzt, so haben wir wirklich nichts dagegen einzumenden. Die denunziatorischen Randbemerkungen sind nur die Luitung für die ersparte eigene „Geistes“arbeit.

Ob sie im kalten Norden frieren,  
Ob sie im heißen Süden schwitzen,  
Es hat Jeder ein Bündchen, sich zu perren,  
Und einen Hütel im Schadel hien.  
Im Sumpfe fühlst das Reppel sich munter,  
Doch auch im Bach man find' es munter.

der Expedition: Nordlicht: St. v. S/S. eingetr. Gewünschtes folgt. Bf. Weitered. — Unverfänglich: Nr. 20. — Scht.-Geo. erh. Alles weiter. Sdg. mit 37 fort. Zeitendes mit 38. Warte, „Dsch. Zeitschr.“ in Deutschland nur noch antiquarisch zu haben, hier nicht. Bf. folgt. — Gallina: Fr. 1. — für 2 Wpp. erh. — Dsch. Soj. Wthur: Fr. 5. — pr. Uth. f. Sdg. dts. eingereicht. — B. St. Gallen: Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — Genf: Fr. 42. — Ab. 3. Du. erh. n. Fr. 10. — d. Figschd. Fr. 10. — d. Uth. dts. zugew., Fr. 14. — B. B. an Agr. ausgefolgt. Adresse v. B. folgt. — Gen. Paris: Fr. 44.5 d. Scht.-Geo. gutgebr., Fr. 6. — d. Kgd. pr. P. B. zugew., Fr. 5.50 d. Uthds., desgl. Fr. 10. — J. G. durch B. n. Fr. 22.65 d. Figschd. dts. eingereicht. an. n. sehen kann zu Fr. 2. — T. Lidje: Fr. 10. — d. Scht.-Geo. gutgebr. Nota richtiggestellt. Beilage sofort besorgt. Weitere Dispositionen angenehm. — Ruprecht: Nr. 12.20 pr. Ab. Rest 3. Du. erh. Addr. geordnet. Pl. wird besorgt. — Stuttgart. Fabril: Nr. 5. — d. Uthds. dts. zugew. — R. Wortner: Jrrthum anerkannt. Ertrag folgt. — Bayr. Hiesel: Nr. 19.20 Ab. 3. Du. x. erh. Reflamiren Sie das Vermöge bei Dr. Wsb. Hieber Nichts gemeldet. Währschinal. Verlehen. — Fr. Paris: Fr. 14.05 f. Scht. erh. — (i): St. v. 11/9. eingetr. Alles besorgt. Nachrichten angenehm. — Sbr. Paris: Scht. f. n. Bf. am 13. abgg. Beilage für 5. besorgt. Porto 50 Cts. — G. Paris: Nachr. v. 11. erh. Gewünschtes suchen zu ermitteln. Gebald! — A. S. Paris: Fr. 154.75 Ab. 3. Du. x. erh. Alles nach Vorschr. geordnet. — Einige Nothe im Thüringer Wald: Nr. 6. — pr. Uthds. dts. erh. — Ue.: Fr. 20.08 Ab. 3. Du. erh. Bf. erwartet. — Commerzienrath: Nr. 18. — Ab. 3. Du. erh. Bescheid v. W. u. dringend erbeten. Wie steht es mit dem Ab. für B. i. B.? — St. G. a. S.: Nr. 36. — Ab. Aug. u. Sept. erh. Gewünschtes folgt. — Dsch. Ser. Wul: Fr. 10. — pr. Uthds. dts. erh. — Wüldschicht. Bern: Fr. 4.40 pr. Figschd. dts. erh. — J. Genf: Fr. 40. — Ab. 2. Du. x. erh. Anstellung erwartet. — S. d. Eider: Nr. 7. — i. Ab. 2. Expt. n. Bf. erh. — G. Schwil. Lidje: Fr. 15. — Ab. Aug. — Ende Cht. erh. — Nothbart: Fr. 307.12 a. Geo. erh. Bf. erwartet. —

### Anzeigen.

**Samstag**, den 16. Sept., Abends 8 Uhr, im Café Zürich. Kosalor, Stöschhofstätt  
**Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.**  
Tagesordnung: Die Arbeiterbewegung in Frankreich.  
Referent: Bürger Vollmar.  
Jedermann hat Zutritt.  
Hieran Geschlossene Versammlung.  
Da sehr wichtige Parteiangelegenheiten zur Verhandlung kommen, sind die Parteigenossen aufgefordert, sämmtlich zu erscheinen.  
Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

### Zur Beachtung!

**London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein**  
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.  
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.  
Der Vorstand.

Schweizerische Gewerkschaftsbund Baden, Solingen-Str. 4.